

Offener Brief zur Windenergie im Regental: Politische Glaubwürdigkeit zeigt sich im entscheidenden Moment – Frau Schweiger, jetzt sind Sie gefragt!

Manche Entwicklungen entstehen überraschend. Andere dagegen kündigen sich über Monate hinweg an – sichtbar, nachvollziehbar und begleitet von zahlreichen Hinweisen, Warnungen und Gesprächen. Die zunehmende Verdichtung von Windkraftanlagen im Regental gehört zweifellos zur zweiten Kategorie.

Die Entwicklung im Regental wirft deshalb eine Frage auf, die weit über ein einzelnes Genehmigungsverfahren hinausgeht: Wie verbindlich sind politische Zusagen, wie ernst werden frühzeitig erkannte Fehlentwicklungen genommen – und welchen Stellenwert haben die Stimmen der unmittelbar betroffenen Bürgerinnen und Bürger tatsächlich?

Die Problematik einer zunehmenden Verdichtung von Windkraftanlagen im Regental war früh bekannt. Sie wurde nicht nur von Bürgerinnen und Bürgern benannt, sondern auch auf politischer Ebene erkannt. Im Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes wurde ausdrücklich festgehalten, dass für das Regental eine verträgliche Lösung gefunden werden müsse. Damit war die besondere Sensibilität dieses Natur-, Erholungs- und Landschaftsraums politisch anerkannt.

Auch Landrätin Tanja Schweiger hat sich dieser Problematik früh angenommen und die besondere Situation des Regentalraums in der Sitzung des Planungsverbands für den Landkreis Regensburg thematisiert. In Gesprächen mit dem Verein Erholungsregion Regental e. V. entstand damals der Eindruck, dass die Gefahr einer zunehmenden Gesamtbelastung erkannt wurde und ernsthaft nach Lösungen gesucht werden sollte. In diesem Kontext wurde vom Verein wiederholt auf das Risiko hingewiesen, dass parallellaufende Genehmigungsverfahren den regionalplanerischen Steuerungszielen faktisch entgegenlaufen könnten. Bereits damals war absehbar, dass auf diesem Weg Fakten geschaffen werden könnten, bevor politische Steuerungsmechanismen tatsächlich greifen. Frau Schweiger bezeichnete das Planverfahren als „einen Wettlauf gegen die Zeit“.

Die heutige Situation wirft daher Fragen auf. Wenn ein Risiko bekannt ist, wenn Verantwortliche darüber informiert sind und wenn sich die prognostizierte Entwicklung anschließend exakt in dieser Form realisiert, dann stellt sich zwangsläufig die Frage nach der Ernsthaftigkeit und Konsequenz des politischen Umgangs mit diesen Hinweisen.

Besonders deutlich wird dies am Beispiel des Marktes Regenstauf. Die Gemeinde hat frühzeitig Verantwortung übernommen und die Problematik klar erkannt. Dort wurde nicht abgewartet, bis Tatsachen geschaffen sind, sondern frühzeitig Position bezogen. Nun hat der Bauausschuss das noch

offene Vorhaben einstimmig abgelehnt – mit konkreten und nachvollziehbaren Bedenken hinsichtlich Erschließung, Sicherheitsfragen, wirtschaftlicher Auswirkungen sowie naturschutzfachlicher Aspekte.

Gerade dieser Punkt ist politisch von grundsätzlicher Bedeutung. Wenn die unmittelbar betroffene Kommune, die die örtlichen Gegebenheiten, die Belastungssituation und die Sorgen der Bevölkerung am besten kennt, eine klare Haltung einnimmt – welchen Stellenwert hat diese demokratische Entscheidung dann tatsächlich?

Was bedeutet der immer wieder formulierte politische Anspruch, die Energiewende gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gestalten zu wollen, wenn Entscheidungen vor Ort zwar angehört, im Ergebnis aber faktisch übergangen werden?

Gesellschaftliche Akzeptanz entsteht nicht dadurch, dass Bürger beteiligt werden, solange ihre Haltung unverbindlich bleibt. Akzeptanz entsteht dort, wo Beteiligung ernst genommen wird. Wer von einer gemeinsamen Gestaltung spricht, muss sich auch daran messen lassen, wie mit berechtigten Einwänden, kommunalen Entscheidungen und regionalen Besonderheiten tatsächlich umgegangen wird.

Andernfalls entsteht nicht der Eindruck partnerschaftlicher Transformation, sondern eines politischen Prozesses, in dem Entscheidungen bereits feststehen und Beteiligung lediglich formalen Charakter besitzt. Ein solcher Eindruck ist gefährlich. Nicht nur für das Regental. Sondern weit darüber hinaus.

Denn die Energiewende wird gesellschaftlich nur dann tragfähig sein, wenn Menschen erleben, dass ihre Perspektiven, Sorgen und demokratisch legitimierten Entscheidungen tatsächlich Gewicht haben. Die Energiewende kann nur **mit** dem Bürger erfolgreich sein.

Heute steht das letzte größere Vorhaben im Landkreis Regensburg mit 4 Windkraftanlagen noch zur Entscheidung.

Damit besteht nicht nur ein laufendes Verfahren, sondern die letzte konkrete Möglichkeit, die Gesamtentwicklung des Regentalraums in ihrer tatsächlichen Dimension kritisch zu bewerten und im Sinne des ursprünglich formulierten politischen Ziels Verantwortung zu übernehmen. Es geht dabei ausdrücklich nicht um eine grundsätzliche Infragestellung der Energiewende. Es geht um Glaubwürdigkeit. Es geht um demokratische Ernsthaftigkeit.

Und es geht um die Frage, ob politische Verantwortung auch dann wahrgenommen wird, wenn eine erkannte Fehlentwicklung noch korrigiert werden kann.

Das Landratsamt Regensburg hat jetzt die Möglichkeit, genau dies zu tun. Gerade im entscheidenden Moment zeigt sich, wie ernst politische Verantwortung tatsächlich gemeint ist.